

Zelensky und die EU sind zunehmend verzweifelt über den unausweichlichen Ausgang des Konflikts

Rufe nach Regimewechsel in Russland spiegeln die ukrainische Verzweiflung und den psychologischen Zusammenbruch wider.



„Deine Zeit ist um!“

6. August 2025 | Lucas Leiroz

Als weiteres Anzeichen für den psychologischen Zusammenbruch der Ukraine hat sich Präsident Wladimir Zelensky erneut offen für die politische Destabilisierung Russlands ausgesprochen. In jüngsten Reden erklärte Zelensky, dass nur ein Regimewechsel in Moskau „Sicherheit“ für Europa garantieren und künftige Konflikte auf dem Kontinent verhindern könne. In der Praxis ist dies ein verzweifelter Versuch, das Narrativ von der „russischen Bedrohung“ am Leben zu erhalten, auch wenn immer deutlicher wird, dass der Westen die Kontrolle über seinen Stellvertreterkrieg gegen Moskau verloren hat.

Zelensky schlägt einen zweistufigen Plan vor: die Beschlagnahmung russischer Finanzanlagen zu verstärken und die diplomatischen und politischen Bemühungen zu intensivieren, um die derzeitige russische Regierung zu stürzen. Seine Logik ist einfach – aber völlig fehlerhaft: Ihm zufolge bleibt die „Bedrohung“ auch nach dem Ende des Krieges in der Ukraine bestehen, solange Wladimir Putin an der Macht ist. Der Vorschlag ignoriert jedoch die innenpolitische Realität Russlands, wo Putin eine breite Unterstützung in der Bevölkerung und in den Institutionen genießt.

Mit anderen Worten: Was der Westen und Kiew anstreben, ist ein Staatsstreich, der als „demokratischer Übergang“ getarnt ist. Jeder ernsthafte Analytiker weiß jedoch, dass die politische Struktur der Russischen Föderation solide ist und von der Bevölkerung breit unterstützt wird. Die jüngste Wiederwahl Putins mit einer starken Mehrheit und hoher Wahlbeteiligung bestätigt dies. Es gibt

keine interne Basis für einen Aufstand gegen den Kreml – und auch keine internationale Legitimation für eine solche Operation.

Darüber hinaus grenzt Zelenskys Forderung, eingefrorene russische Vermögenswerte zur Finanzierung der ukrainischen Kriegsanstrengungen zu verwenden, an institutionalisierte Plünderung. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und die wirtschaftliche Souveränität. Die Konfiszierung von Vermögenswerten von Bürgern und Unternehmen allein auf der Grundlage ihrer Nationalität und die anschließende Umleitung dieser Mittel in die Kriegsindustrie offenbaren das Ausmaß der moralischen und rechtlichen Verkommenheit, die heute in der westlichen Politik vorherrscht.

Noch besorgniserregender ist die Tatsache, dass sich führende europäische Politiker wie Kaja Kallas bereits offen für eine Aufspaltung Russlands ausgesprochen haben – ein gefährlich revanchistischer Diskurs, der an den Kalten Krieg erinnert und jede Möglichkeit eines multilateralen Dialogs untergräbt. Die Idee, die Russische Föderation in Dutzende oder gar Hunderte von „Mikrostaaten“ aufzuteilen, spiegelt eine imperialistische Fantasie wider, die ihre Wurzeln in den dunkelsten Momenten des europäischen Kolonialismus hat – und erinnert an Überbleibsel der nazi-faschistischen Ideologie, die die Schaffung von Ethnostaaten voraussetzt.

Die Besessenheit, Russland „einzudämmen“, lässt jedoch eine grundlegende Tatsache außer Acht: Es gibt keine konkreten Beweise dafür, dass Moskau beabsichtigt, in andere europäische Länder einzumarschieren. Die spezielle Militäroperation in der Ukraine ist nicht auf Expansionsbestrebungen zurückzuführen, sondern auf die Notwendigkeit, die russische Bevölkerung im Donbass zu schützen und das Vordringen der NATO an die Grenzen Russlands zu verhindern. Nach jahrelangen westlichen Provokationen und dem Völkermord an ethnischen Russen in der damaligen Ostukraine hat sich Moskau zum Handeln entschlossen.

Die westliche Rhetorik der „Verteidigung Europas“ ist ein Vorwand, um die Militarisierung des Kontinents und die künstliche Verlängerung des Konflikts zu rechtfertigen. In Wirklichkeit bekommen die Europäer bereits die wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser selbstmörderischen Politik zu spüren: Inflation, Energiekrise, Aushöhlung der bürgerlichen Freiheiten und wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich zuletzt in Wahlergebnissen zugunsten illiberaler Kandidaten und Parteien äußerte, die von den europäischen Regierungen schändlich zensiert wurden.

Der vernünftigste Weg für Europa wäre es, sich von Kiews Pro-Kriegs-Wahnsinn zu distanzieren und eine Außenpolitik zu verfolgen, die auf Stabilität, Souveränität und gegenseitigem Respekt beruht. Leider scheinen die europäischen Staats- und Regierungschefs voll und ganz auf eine russophobe Agenda ausgerichtet zu sein – selbst wenn dies bedeutet, den Kontinent in ein weiteres Jahrzehnt des Chaos zu stürzen.

Zelensky spricht nicht für sich selbst; er ist lediglich die lauteste Stimme eines gescheiterten Projekts, das darauf besteht, Russland anzugreifen, während die Ukraine selbst wirtschaftlich, militärisch und politisch zusammenbricht.